

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag Brandenburg

**LINKSDRUCK**

LANDTAG AKTUELL 09/10 NOV 2011



**DR. ANDREAS BERNIG**

Arbeitsmarktpolitischer  
Sprecher



Rot-Rot in Brandenburg hat Wort gehalten und gehandelt, wo man selbst handeln kann, etwa mit dem Programm „Arbeit für Brandenburg“. Und mit dem Landesvergabegesetz gilt für öffentliche Aufträge ab 2012 ein Mindestlohn von 8 EUR. Aber über Vergaben lässt sich nicht alles regeln. Schon längst hätte die Bundesregierung handeln müssen. Löhne, von denen niemand seinen Lebensunterhalt bestreiten kann, müssen endlich der Vergangenheit angehören. Ein Mindestlohn muss für jede geleistete Arbeitsstunde gelten, egal in welcher Branche, egal für

welchen Kunden – und auch dort, wo es keinen Tarifvertrag gibt. Und das geht realistisch nur über den Weg einer Einführung per Gesetz - bundesweit und einheitlich. Hat auch Frau Merkel das endlich verstanden? Wird sie es umsetzen? Man könnte diesen Eindruck gewinnen, wenn man ihre Äußerungen zu einer „Lohnuntergrenze“ verfolgt hat.

#### **CDU versucht Etikettenschwindel**

Doch inzwischen kommen aus der CDU jeden Tag neue Ausflüchte, Bedenken, die Hintertürchen öffnen sich. Zurückrudern nennt man das. Oder auch Etikettenschwindel. Und die CDU Brandenburg eiert hinterher. Fakt ist: Die Lohnuntergrenze á la CDU würde viele Beschäftigte weiter im Regen stehen lassen. So möchte die CDU Vereinbarungen von Tarifparteien. Die sollen dann als „Lohnuntergrenzen“

in den Bereichen zur Geltung kommen, in denen sich Tarifvertragsparteien bisher nicht auf eine Lohnuntergrenze einigen konnten. Wie weltfremd ist das eigentlich? Denn es ist Tatsache, dass in Brandenburg nur etwa 30 Prozent der Betriebe tarifgebunden sind. Skandalös ist auch, dass es im Osten niedrigere Mindestlöhne geben soll als im Westen. Und die zunächst von Merkel ins Spiel gebrachte Lohnhöhe von unter 7 EUR im Osten soll sogar noch weiter nach unten korrigiert werden. Damit blieben Beschäftigte auch in Vollzeitarbeit von zusätzlichen Hartz-IV-Leistungen abhängig (Aufstocker). Für DIE LINKE ist glasklar: Zu menschenwürdiger, Existenzsichernder Arbeit muss sich die Politik überall endlich bekennen, ohne „wenn und aber“, ohne Taktieren. Deshalb: Gesetzlicher Mindestlohn jetzt!



#### **Startgedanken**

**Kerstin Kaiser**

#### **Fraktionsvorsitzende**

Das Themen-Spektrum in dieser Landtagssitzung reichte vom Mindestlohn bis zu den Kinderrechten.

Und vor dem Landtag mahnt ein Bildungscamp mehr Geld an. In unserer Fraktion wirbt der Landessportbund um angemessene Finanzausstattung. Und, drückt sich das Parlament?

Nein. Derzeit wird der Haushaltsentwurf 2012 in den Ausschüssen und Fraktionen intensiv durchgearbeitet. DIE LINKE und die SPD haben sich auf rund 11 Mio. EUR mehr für Bildung und Wissenschaft geeinigt. Wohl kaum hat es jemals in Haushaltsberatungen solch hohe Aufstockungen bei der Bildung gegeben. Sicher – die noch günstige Steuerentwicklung kommt uns da entgegen. Aber wichtig bleibt, welche Prioritäten Politik setzt und wie realitätsnah sie ist. Mit Rot-Rot steht es da gut.

Es zeigt sich: Demokratie bewegt – vor dem Parlament und im Parlament erst recht.

**CDU FDP GRÜNE ?**  
**endlich aufgewacht**

**DIE LINKE:**  
**Mindestlohn !**  
**Jetzt !**

## Wichtige Weichen stellen: Sonderpädagogik-Ausbildung vorbereiten

GERRIT GROBE

Bildungspolitische Sprecherin



In Brandenburg gibt es einen erheblichen Mangel an Sonderpädagogen: Diese werden seit mehreren Jahren nicht mehr an der Universität Potsdam ausgebildet. Auch das Schulressourcenkonzept stellt für die folgenden Jahre einen Bedarf an Sonderpädagogen fest: Zwischen 2015 und 2025 schwankt der jährliche Einstellungsbedarf zwischen 78 und 115 dieser Fachkräfte.

### Inklusive Schule vorbereiten

Der Bedarf erhöht sich noch dadurch, dass wir uns auf den Weg zu einer inklusiven Schule machen wollen und daher noch mehr Sonder- bzw. Inklusionspädagogen

brauchen werden, als bisher geplant. Mittlerweile liegt ein Konzept zur Weiterentwicklung der Lehramtsausbildung im Land vor, als Grundlage für ein neues Lehrerbildungsgesetz. Darin ist vorgesehen, dass – neben einem Lehramt Primarstufe – mit der Möglichkeit einer inklusionspädagogischen Schwerpunktsetzung allen Lehramtsstudierenden grundlegende entsprechende Kompetenzen vermittelt werden sollen.

### Start im Wintersemester 2013/14

Da das Lehrerbildungsgesetz wahrscheinlich erst Anfang 2013 in Kraft treten wird, halten wir es für dringend geboten, bereits jetzt die entsprechenden Weichenstellungen vorzunehmen. Ziel ist es, im Wintersemester 2013/14 dann auch wirklich mit der Ausbildung zu beginnen. Denn der



Beginn eines Studiengangs bedarf nicht nur eines entsprechenden Gesetzes. Er benötigt auch bestimmte, oft zeitraubende Vorarbeiten. Es müssen die entsprechenden Lehrstühle geschaffen werden, sie müssen eine inhaltliche Orientierung haben, Studienordnungen sind zu erarbeiten, die Stellen müssen ausgeschrieben und Berufungskommissionen eingerichtet werden. Dafür werden mindestens – wenn alles gut und komplikationslos geht – ein bis eineinhalb Jahre benötigt. Ziel unseres Antrages war es, die Landesregierung zu beauftragen, die Voraussetzungen zu schaffen, damit zum Wintersemester 2013/14 an der Universität Potsdam wieder Sonder- bzw. Inklusionspädagogen ausgebildet werden können. Der Antrag wurde vom Landtag einstimmig angenommen.

## Mehr Landärzte? FDP-Minister versagen

BIRGIT WÖLLERT

Gesundheitspolitische Sprecherin



Noch unter Bundesgesundheitsminister Rösler (FDP) hatte die Bundesregierung neue und bessere Versorgungsstrukturen versprochen. Damit sollten vor allem die wachsenden Probleme in ländlichen Regionen bekämpft werden – mehr Ärzte aufs Land. Ende des Jahres soll das Gesetz stehen. Aber wie es derzeit aussieht, wird aus den vollmundigen Versprechungen nichts. Dem Ärztemangel auf dem Land will der neue Gesundheitsminister Bahr (FDP) mit Honorarzuschlägen begegnen. Das ist ein Mosaiksteinchen, allerdings weder neu noch ändert es etwas an den strukturellen Problemen im Gesundheitswesen, insbesondere der mangelnden Kooperation.

### Bund ignoriert produktive Vorschläge

Dort wo Neues etabliert wird, kommt es allenfalls den schon jetzt besser versorgten Regionen zugute. Brandenburg hatte

sich aktiv in die Beratungen eingebracht, u.a. mit Vorschlägen für eine kleinräumige und sektorenübergreifende Bedarfsplanung – und für eine stärkere Kooperation zwischen ambulanter Versorgung und Krankenhäusern. In vielen Punkten waren sich die Bundesländer einig. Kaum etwas davon hat die Bundesregierung aufgegriffen. Vor allem hat sie nichts getan, um Ungleichgewichte zu beseitigen. In einigen städtischen Ballungsräumen und gut situierten Regionen Deutschlands herrscht kein Ärztemangel. Im Gegenteil. Deshalb muss umverteilt werden, auch finanziell.

### Versicherte müssen wieder ran

Das will die Klientel-Partei FDP bewusst nicht. Deshalb muss jeder Euro Zuschlag in unterversorgten Regionen von den Krankenkassen zusätzlich finanziert werden. Genauer gesagt: von den Versicherten. Und genau deshalb hatte die Bundesregierung den Ausstieg der Arbeitgeber aus der Finanzierung aller künftigen Mehrausgaben im Gesundheitsbereich beschlossen. Das müssen allein die Arbeitnehmer über Zusatzbeiträge aufbringen.

## Kulturvisite konkret

DIETER GROB

Kulturpolitischer Sprecher



Kulturvielfalt und konzeptionelle Kooperation zwischen Verwaltung, kommunaler Kultur und den Uckermärkischen Bühnen: Das zeichnet Schwedt aus. Davon überzeugte sich der kulturpolitische Sprecher Dieter Grob (MdL) bei einem Arbeitsbesuch. Eine Station war die Musik- und Kunstschule „J.A.P. Schulz“. Dort nahm Grob sein „tönernes Abbild“ entgegen (Foto), die Arbeit einer Schülerin. Zum Dialog kam es auch in Theater, Stadtbibliothek und -museum sowie in der Redaktion der Märkischen Oderzeitung.



## INTERVIEW

## „Gemeinsinn und Erneuerung“ leben in unserer Politik

Zwei Jahre regieren DIE LINKE und die SPD. Die Koalition kann eine ordentliche Zwischenbilanz vorweisen.

LINKSDRUCK sprach über Rückschau und Perspektiven mit Fraktionsvorsitzender Kerstin Kaiser (MdL)



### LINKSDRUCK: Rot-Rot regiert seit zwei Jahren – wie steht Brandenburg jetzt da?

**Kerstin Kaiser:** Der größere Teil der Schlüsselprojekte des Koalitionsvertrages ist umgesetzt. Das Land hat den Nutzen: Wir haben mehr Erzieherinnen und Erzieher in den Kitas, Lehrerinnen und Lehrer werden eingestellt, es gibt das Schüler-Bafög.

Es bleibt ein bundesweiter Skandal, dass Löhne trotz harter Arbeit nicht zum Leben reichen. Wir helfen dabei, dies endlich zu ändern. Wir haben Mindestlöhne bei öffentlichen Aufträgen beschlossen und damit das getan, was in unserer Macht steht.

Dazu kommen neue Strategien für die Wirtschaft in unserer Region: für mehr Innovationen, für den Mittelstand und für Ansiedlungspolitik. Damit stellen wir uns den Problemen der Demografie, also der Bevölkerungsentwicklung.

Unser Motiv „Gemeinsinn und Erneuerung“ ist keine Formel. Es findet sich wieder in praktischer Politik. So hat Brandenburg weiter die Nase vorn bei wichtigen Basisdaten wie der Arbeitsplatzversorgung oder der Entwicklung des verfügbaren Einkommens je Einwohner.

### Klingt nach paradiesischen Zuständen...

Na, noch nicht ganz... Aber, im Ernst: natürlich sind wir erst auf dem Weg. Vor uns liegen noch viel Arbeit und manches Hindernis, manches Risiko. Die europäische Staatsschuldenkrise gehört dazu – genauso wie die Bundesregierung mit ihrer unsozialen Politik. Die hat z.B. dazu

geführt, dass unser Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor (ÖBS) „Arbeit für Brandenburg“ in den Ansätzen stecken geblieben ist. Dennoch werden wir uns weiter um gute Arbeit kümmern, die auch Arbeitslosen ihre Würde wieder gibt.

### Ist das denn realistisch? Was kann denn schon ein Bundesland allein?

Wir haben 2011 die Finanzbeziehungen zwischen Land und Kommunen neu geregelt – mit höheren Zuweisungen, einem Ausgleich zwischen reichen und armen Gemeinden und einem Demografie-Zuschlag bei hohen Bevölkerungsrückgängen.

Die Landesregierung bildet wieder aus und eröffnet Einstellungskorridore. Wir stärken das Gesundheitswesen: das betrifft die Krankenhäuser bei der Abrechnung und Vergütung. Bei der hausärztlichen Betreuung auf dem Lande gilt das für die Gemeindefrauen. Auch angesichts der Euro-Krise beenden wir 2014 die Neuverschuldung.

Zugleich aber drängen wir über unseren Einfluss in der EU auf eine Finanztransaktionssteuer. Im Land sichern wir, dass Bildung, Soziales, Wissenschaft – die Markenzeichen von Rot-Rot – weiter mit Vorrang finanziert werden.

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Landtag Brandenburg

Jahresbilanz  
2011

Solide Arbeit für ein  
solidarisches Brandenburg.

Oktober 2011

1. QR-Code mit Smartphone einscannen  
2. PDF im Netz öffnen  
3. Bilanz lesen!

## Kinderrechte in die Verfassung: Im Grundgesetz verankern!

### TORSTEN KRAUSE

Kinder- und Jugendpolitischer Sprecher



Mit großer Mehrheit wurde in der jüngsten Landtagssitzung der Antrag „Kinderrechte in die Verfassung“ der Fraktionen DIE LINKE und SPD angenommen. Wir sind der Meinung, dass Kinder als eigenständige Persönlichkeiten das

Recht auf Achtung ihrer Würde haben. Sie sollen in besonderer Weise den Schutz von Staat und Gesellschaft genießen.

### Kinderschutz ist Gesamtaufgabe

Deshalb muss es auch staatlicher und Auftrag der gesamten Gesellschaft sein, Kinder und Jugendliche vor körperlicher und seelischer Vernachlässigung sowie Misshandlung zu schützen. Darüber hinaus sind sie auch bei öffentlichen Entscheidungen,

die ihre Interessen berühren zu beteiligen. DIE LINKE geht davon aus, dass durch eine entsprechende Ergänzung des Grundgesetzes das Wohl des

Kindes stärker in den Fokus von Staat und Gesellschaft gerückt wird. In der aktuellen Diskussion kann Brandenburg mit seiner Landesverfassung glaubhaft für dieses Anliegen werben und aktiv für diese Grundrechtsänderung auf Bundesebene arbeiten.



## AKTUELLE INITIATIVEN DER ROT-ROTEN KOALITION

- **Antrag** zum Thema: Ablehnung der Atomenergie in Polen und anderswo  
Drucksache 5/4207, **angenommen**
- **Antrag** zum Thema: Korrekturen des GKV-Versorgungsgesetzes  
Drucksache 5/4210, **angenommen**
- **Antrag** zum Thema: Studiengang Inklusionspädagogik an Uni Potsdam  
Drucksache 5/4211 **angenommen**
- **Antrag** zum Thema: Kinderrechte in die Verfassung  
Drucksache 5/4212, **angenommen**
- **Entschließungsantrag** zum Thema: Lärmschutz und Gesundheitsmonitoring am Flughafen BER  
Drucksache 5/4238 **angenommen**
- **Entschließungsantrag** zur Aktuellen Stunde mit der Forderung: Mindestlohn jetzt!  
Drucksache 5/4239, **angenommen**
- **Entschließungsantrag** zum Thema: Gewalt an Schulen vorbeugen  
Drucksache 5/4242, **angenommen**
- **Änderungsantrag** zu Beschlussempfehlung und Bericht des Petitionsausschusses (zu Petition 382/5)  
Drucksache 5/4244, **angenommen**

## In Polen und überall: Atomkraft, nein danke!

CAROLIN  
STEINMETZER-MANN



Umweltpolitische  
Sprecherin

In Polen gibt es bisher keine Atomkraftwerke. Während mehrere Länder Europas aus der Atomenergienutzung aussteigen, hat Polen ein Programm zur Nutzung der Atomenergie vorgelegt und plant den Neubau von Kraftwerken. Einige der möglichen Standorte liegen in der Nähe der Grenze zu Brandenburg.

### Atom-Strahlung kennt keine Grenzen

Polen begründet diesen Schritt mit dem Argument, Atomenergie sei eine „sichere Technologie“ zu „annehmbaren Preisen“ und bedenkt nicht, dass die Endlagerfrage Atomenergie zum teuersten Modell macht.

Der Landtag folgte einem gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen und Bündnis '90/Die Grünen und lehnte das polnische Atomenergieprogramm ab. Unter Hinweis auf die Risiken der Technologie wird die Landesregierung gebeten,

ihre Ablehnung in der Stellungnahme zur so genannten „Strategischen Umweltprüfung“ des Atomenergieprogramms zu verankern. Redner der Koalition kritisierten den Programmentwurf, der beispielsweise die Möglichkeit eines größeren Störfalls nicht vorsieht und die Lagerung von Atommüll auf dem Gelände von Atomkraftwerken mit niedrigen Kosten und höheren Zinserträgen begründet.

### Es geht nicht um Einmischung

Klargestellt wurde auch, dass es nicht um die Einmischung in souveräne Entscheidungen unseres Nachbarlandes geht, denn Energiepolitik und erst recht Atompolitik hat grenzüberschreitende Auswirkungen. Sie muss global gedacht werden. Atomkraft, nein danke! Nicht in Deutschland, nicht in Polen, in keinem Land.

## Bunt statt braun !



Neuruppin bleibt bunt - trotz NPD-Parteitag:  
Am 12.11. haben die Demokraten Flagge gegen Rechtsextremismus gezeigt! Foto: DIE LINKE LTF BRB

## Lärm: Flughafen-Gesundheitsmonitoring

KORNELIA WEHLAN



Sprecherin für  
Verkehrspolitik,  
Regionalplanung  
und Raumordnung

Brandenburg wird sich an einer umfassenden Studie zum Fluglärm beteiligen. Ziel ist es, genauer zu erkennen, welche konkreten Belastungen und Folgewirkungen Fluglärm für die Gesundheit von Menschen hat. So kann zielgenauer mit Schutzmaßnahmen reagiert werden.

### Studie für Grenzwerte wichtig

Damit entspricht die Landesregierung den Forderungen vieler Anwohner. Richtig ist: Durch die Studie an sich wird noch kein Mensch vor Lärm geschützt. Das behaupten wir auch nicht. Aber: neben konkreten Schutzmaßnahmen sind

die gewonnenen Daten und Erkenntnisse auch wichtig für die künftige Festlegung von gesetzlichen Grenzwerten. Brandenburg kooperiert bei der Studie mit dem Flughafen Frankfurt.

### CDU stellt rätselhafte Forderungen

Hessen und die dortige Flughafengesellschaft tragen den weitaus größten Anteil an der Finanzierung. Das ist übrigens der CDU Brandenburg auch nicht recht. Sie möchte, dass Brandenburg mehr als 100 000 Euro der insgesamt 7,5 Mio. EUR teuren Studie übernimmt.

Das verstehe wer will.



## IMPRESSUM



Herausgeberin:  
Fraktion DIE LINKE  
im Landtag  
Brandenburg  
Am Havelblick 8  
14473 Potsdam

### Redaktionsgruppe:

Sven Rosig (Leitung)  
Fon: 0331/966-1544, Fax: 0331/966-1505  
sven.rosig@dielinke-fraktion.brandenburg.de

### Portraits; Fotos:

Trilion DiG

### Satz, Layout, Grafik:

Sven Rosig  
10 000 Stück,  
Gieselmann Druck Medien-  
haus Potsdam-Rehbrücke  
Christian Görke (MdL)

### Auflage & Druck:

### V.i.S.d.P.:



Mit dem Smartphone  
QR-Code einscannen  
und direkt zur  
Internetpräsenz der  
Fraktion gelangen

[www.dielinke-fraktion.brandenburg.de](http://www.dielinke-fraktion.brandenburg.de)